



Elefanten trainieren den Abtransport von Holz

Foto: R. Dusik

## Der Kampf um die Wälder

Der "Vater" des Abholzungs-Verbotes, Landwirtschaftsminister Sanan, Generalsekretär der Demokratischen Partei, ist derzeit heftigster Kritik bis hin zu Rücktrittsforderungen ausgesetzt. Am 22. Januar waren 156 Beschäftigten der Suan Kittu Wiederaufforstungs-Firma, Thailands größter Eukalyptus-firma, wegen unerlaubten Rodens und Anpflanzens von Eukalyptus festgenommen worden. Eine Woche später wurden illegal abgeholzte Baumstämme und Bulldozer in Prachinburi beschlagnahmt. Suan Kittu ist eine Tochtergesellschaft des Soon Heng Seng Agroindustriekonzerne, der vom Senator Kittu Damerncharnwanit, Parteifreund Sanans und Wirtschaftsbera-

ter der Regierung Chatichai, angeführt wird. Der Senator wurde wegen unerlaubter Übergriffe auf den Wald angeklagt und seine Anpflanzungslizenz für Eukalyptus widerrufen. Sanan wird angelastet, alle 8 bislang genehmigten Lizenzen der 144 Anträge für die gewerbliche Aufforstung in 5 Ostprovinzen einseitig der Suan Kittu Gruppe zugereicht zu haben. Erst Ende Januar hatte nach Zustimmung Sanans der Antrag zur Genehmigung der Konzession bei der Forstbehörde vorgelegen. Suan Kittu hatte aber bereits im Dezember widerrechtlich mit den Rodungsarbeiten begonnen und darüberhinaus das von ihr für Wiederaufforstung gepachtete Gelände um ca. 70% über-

schritten. Senator Kittu verteidigte sich selbst mit dem Argument, daß er zwar zu voreilig gewesen sei, aber sein Gesamtvorhaben von 20 Mrd Baht ( 781,2 Mio US\$) und einer Eukalyptusbepflanzung von 64.000 ha letztlich dem gesamten Land zugute käme.

Premierminister Chatichai reagierte am 31. Januar auf den sich ausweitenden Skandal mit einer möglichen Revidierung der landesweiten gewerblichen Wiederaufforstungspolitik. Ökologische Bedenken und die Anwesenheit von 8 Mio. Dorfbewohnern in Nationalen Forstreservaten sollten seiner Auffassung nach die Regierung zum Nachdenken bewegen, ob in Zukunft überhaupt gewerbliche Wiederaufforstung mit dem Ziel der Zelluloseproduktion erlaubt werden soll.

Mehr als 20 örtliche Nicht-

Regierungsorganisationen und Akademiker haben einen 10-Punkte-Forderungskatalog aufgestellt, in dem sie die Erhaltung des Waldes, Gemeindekontrolle und Landrechte von Dorfbewohnern in Naturschutzwaldgebieten, sowie eine ökologische Wiederaufforstung fordern, die sich nicht an kommerziellen Interessen orientiert. Die Suan-Kittu-Affäre wird als schwere Belastungsprobe der Regierung Chatichai eingeschätzt.

vgl.: BP 16.1.; 23.1.; 30.1.; 6.2.; 13.2.90; FEER v. 15.2.90, 10/11; The Ecologist v. 8.2.90

## Kurzmeldungen

- Z.Zt. prüfen der thailändische Vertriebspartner und der Hersteller VW in Wolfsburg die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen des **Baus eines Montagewerks für VW Busse in Thailand**. Steigende Absatzzahlen für Busse und Kleintransporter lassen bei Importzöllen von 125% die Fertigung vor Ort profitabler erscheinen. (BP 6.12.89)

- **Auf** einem fast 500 ha großen Gelände **der Ferieninsel Phuket baut Intermaritim sieben 5-Sterne-Hotels** mit über 3.000 Zimmern erbaut werden. Daneben werden eine kleine Klinik, ein Jachthafen, ein Golfplatz sowie ein Einkaufszentrum errichtet. 51% der Anteile gehören dem thailändischen Partner. Das Projekt ist bei der ortsansässigen Bevölkerung und Umweltschützern umstritten. Unter anderem müßte ein Fischerdorf umgesiedelt werden. (BP 15.11.; 26.12.89)

- Die Tourismusbehörde Thailands (TAT) zielt **für 1990** auf ein 19%iges Wachstum der Touristenzahlen auf **5,9 Mio. Besucher** ab, die erwartungsgemäß 110,36 Mrd. Baht (7,88 Mrd. DM) ausländische Devisen ins Land bringen werden. Gefördert werden soll v.a. der inländische Flugverkehr, wie die Kooperation im Tourismusbereich mit den Nachbarländern Laos, Kambodscha und Vietnam. (BP 2.11.89)

- Premier Chatichai Choonhavan wird bald die Entscheidung über den **Bau eines Kernkraftwerkes** dem Kabinett vorlegen. Der alarmierend steigende Energieverbrauch führe in Zukunft zu ernsthaften Versorgungsschwierigkeiten. Atomenergie sei die effektivste Möglichkeit den künftigen Bedarf an Energie für die industrielle Entwicklung zu decken. (Business Post 2.2.90)

## Großprojekte: Infrastruktur und Umweltschutz bleiben auf der Strecke

Die von der Regierung Chatichai angekündigte Verbesserung der Infrastruktur, notwendige Voraussetzung für ein weiteres Wachstum der thailändischen Wirtschaft, kommt nicht voran. Private Industrieansiedlungen schießen zwar überall aus dem Boden, die öffentliche Hand kommt aber nicht nach.

Speziell im Großraum um Bangkok und im Gebiet des "Eastern Seaboard Programm" (ESB) wird Land für wirtschaftliche Nutzung privat erschlossen. Die Erschließung durch Straßen, Abwasserbeseitigung, Müllbeseitigung oder auch elektrische Versorgung ist jedoch nicht gewährleistet.

Seit über einem Jahr kämpfen zwei Konsortien für den Zuschlag zum Bau eines geplanten Netz von Hochstraßen quer durch Bangkok, zur Überwindung des Verkehrschaos im Stadtgebiet. Das Projekt befindet sich noch immer in der Phase der Angebots-Einholung. Gerade Anfang Januar hatte noch die japanische Entwicklungsbehörde JICA einen Untersuchungsbericht vorgelegt, der die Notwendigkeit belegt, eine ganze Reihe von

Schnellstraßen und -Zubringer für Bangkoks Großraum zu bauen. Die von der JICA vorgeschlagenen Straßenbaumaßnahmen würden einen Finanzaufwand von 40 Mrd. Baht ausmachen (etwa 2,7 Mrd. DM), dazu würden für extra Bus- und Schnellbahn-Trassen weitere 15,5 Mrd. Baht aufgewendet werden müssen (1,1 Mrd. DM).

Trotz der schleppenden Gangart hat die Regierung eine ganze Reihe neuer Pläne verabschiedet. Das ehrgeizigste darunter ist die "Landbrücke von Kra". Demnach soll südlich vom Isthmus von Kra, zwischen Krabi (Andamensee) und Surat Thani (Golf von Thailand) eine 180 km lange Straßen- und Bahnverbindung, nebst Pipelines für Erdöl, Gas und chemische Gase gebaut werden. An den beiden Endpunkten sollen große Tiefsee-Häfen, Lager- und Verarbeitungsstätten entstehen. Die Regierung setzt darauf, daß der Überlandtransport von Gütern billiger ist als das Umschiffen der malayischen Halbinsel. Nach Fertigstellung soll diese Landbrücke ein Teil des "Southern Seaboard Programme" bilden und alleine 10 Mal größer als

das Eastern Seaboard Programm sein.

Diese Großprojekte haben zum Ziel, die Industrialisierung voranzutreiben. Beweis dafür ist u.a. auch die Zurücknahme des Umweltschutzmasterplanes für das ESB-Projekt im November letzten Jahres durch den Vorsitzenden des Umweltschutz-Rates - nicht zuletzt aufgrund von Finanzknappheit und ständiger Vertagung durch das Kabinett. Der Umweltschutzplan für das ESB war bereits vor zwei Jahren fertiggestellt worden, um Umweltkatastrophen und Umweltverschmutzung im Gebiet des ESB nach Möglichkeit zu verhindern. Daß dies notwendig ist, zeigte der Brand in einer neu errichteten großtechnischen Chemiefabrik im letzten Jahr.

In einem Interview Anfang Januar meinte der Staatssekretär Sivavong vom Industrieministerium zwar, es werde viel für den Umweltschutz im ESB getan, konnte dann jedoch nur kleinere Projekte, wie den Plan für eine Abwasserreinigung von Pattaya benennen. Die Küste von Pattaya bis zu den Tiefseehäfen im ESB gilt als die dreckigste des ganzen Landes, Schwimmen ist hier lebensgefährlich... vgl. BP 8., 22.Nov.89; 3., 30.Jan.90

## Der neue Gouverneur von Bangkok

...ist der alte. Chamlong Sri-muang, der 1986 als erster gewählter Gouverneur von Bangkok ins Amt kam, war Mitte November offiziell zurückgetreten und hatte dabei gleichzeitig bekannt gegeben, daß er für eine zweite Amtszeit kandidiere. Der offizielle Wahlkampf dauerte zwar nur etwa zwei Monate, de facto aber standen schon die Aktionen des Obersten Rates der buddhistischen *sangha* gegen die Santi Asoke, deren bekanntester Anhänger Chamlong ist, im Zeichen des Wahlkampfes. Wie wir in SOAI 2+3/89 berichteten, wurde dem geistigen Führer Phra Potirak des Ordens, der die verwestlichte Lebensführung vieler Mönche und die selbstsüchtige, korrupte Haltung der meisten Politiker kritisiert, die Priesterwürde

entzogen und 105 Mönche und Nonnen im August 1989 wegen irreführender Bekleidung - sie hatten weiterhin die gelbe Mönchsrobe getragen - verhaftet. Erst nach Zahlung einer Kautions wurden sie wieder freigelassen. Bangkoks Gouverneur Chamlong gilt als Vertreter einer "ehrlichen" Politik (vgl. SOAI 1/86 S.20ff).

Auseinandersetzungen zwischen Chamlong, der der Partei der Palang Dharma angehört, und dem mächtigen Innenminister Pramarn, der einer Fraktion der regierenden Chart Thai Partei angehört, die gegen Chatichai opponiert, hatten sich schon im letzten Jahr angebahnt.

Seit Mitte 89 gab es ständig Reibereien zwischen Innenministerium und Chamlong, die darauf abzielten, Chamlong in der Öffentlichkeit bloßzustel-

len. Neben diesen beiden Kandidaten, Chamlong und Chaowarin, dem Günstling Pramarns, gab es weitere Kandidaten, die jedoch nicht wesentlich einzugreifen vermochten. Selbst der Putschisten-Führer von 1985, Manoon, war als Kandidat der Demokraten im Gespräch.

Das Wahlergebnis vom 7. Januar zeigte eine solide Unzufriedenheit der Bangkok-Bevölkerung mit den Taktiken der Gegner Chamlongs. Er konnte seinen Wahlerfolg von 49% (vor 4 Jahren) auf 60% ausbauen, sein vermeintlicher Hauptkonkurrent Chaowarin erhielt ganze 5280 Stimmen. Der Wahlerfolg Chamlongs setzte sich auch in der Wahl der Stadtverordneten fort, in der die Partei Chamlongs, die Palang Dharma 50 von 57 Sitzen erhielt.

vgl.: AW 19.1.90 S.18+23

## Gewerkschaften mobilisieren gegen steigende Inflation

Bereits im Oktober hatten die 25 Gewerkschaften der im öffentlichen Dienst tätigen Arbeiter (State enterprises union in the Labour Relations Group for State Enterprise Unions) eine Pressekonferenz abgehalten, in der sie der Regierung eine Frist bis Ende des Jahres setzten, die Inflation im Konsumgüterbereich von über 10% einzudämmen, ansonsten müsse mit Massenprotesten gerechnet werden. Bekräftigt wurden ihre Forderungen durch eine Demonstration vor dem Regierungsgebäude am 7. Nov. 1989. Der Wirtschaftsboom dürfe nicht zu Lasten der Arbeiter stattfinden, denn 85% der Bevölkerung sind arm und leiden unter den immens steigenden Lebenshaltungskosten.

Inzwischen haben die sonst eher zerstrittenen Gewerkschaftsbünde gemeinsam eine Erhöhung des staatlichen Mindestlohns von derzeit 78 Baht (im Industrieraum Bangkok) auf mindestens 95 Baht gefordert: Bei 6% Inflation und einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten von 8-9%, sowie einer zu erwartenden Ölpreiserhöhung sei diese Forderung gerechtfertigt, sagte der LCT-Vorsitzende Thanong bei der Überreichung einer entsprechenden Petition an den Premierminister. Der Mindestlohn, der für ungelernete Arbeiter/innen gilt, werde in der Regel nur für 22 Arbeitstage gezahlt, so daß bei einer Erhöhung von 95 Baht/Tag ohnehin nur effektiv 75 Baht/Tag auf die 30 Tage im Monat gerechnet übrigbliebe. Er müßte eigentlich für 30 Tage im Monat gezahlt werden. Demgegenüber äußerte sich der Vorsitzende des Mindestlohn-Komitees, Payap, der Mindestlohn werde wohl nur von 78 auf 82 Baht erhöht. vgl.: BP 25.10., 8.11.90

## Proteste gegen Privatisierung treffen die Regierung empfindlich

Am 2. Februar endete ein viertägiger Streik der Hafentarbeiter am Bangkok Klong Toey Hafen, dem Lebensnerv

von Thailands Überseeexportgeschäft. Die Streikenden wandten sich mit dieser Maßnahme nach 6 monatiger erfolgloser Verhandlung mit Hafenbehörde und Regierung gegen die drohende Privatisierung des neuen Tiefseehafens Laem Chabang, der im ersten Quartal 1991 im Eastern-Sea-bord-Industriegebiet den Betrieb von vier Schiffsanlegeplätzen aufnehmen wird. Die Regierung verfolgt mit der angestrebten Übergabe des Managements an private Firmen das Ziel, Kosten für andere notwendige Infrastrukturmaßnahmen einzusparen und die Effizienz der Hafenanlage zu erhöhen. Ein weiterer Aspekt dürfte für sie die Schwächung der Hafentarbeitergewerkschaft sein, eine der stärksten Gewerkschaften von staatlichen Unternehmen. Die Hafentarbeiter haben es bislang aufgrund ihrer großen Organisationskraft verstanden, sich gegen zunehmende Arbeitshetze zu wehren und für außertarifliche Zulagen stark zu machen. Sie sind soweit die bestbezahlten, staatlichen Lohnarbeiter und fürchten durch die Privatisierung in Laem Chabang eine Schwächung ihrer Verhandlungsposition.

Nachdem Chatichais Verhandlungen mit den Streikenden fehlgeschlagen waren, hatte das Eingreifen von General Chaovalit und seiner militärischen Kommandeure zur Folge, daß die Gewerkschaftsführung von ihm überzeugt werden konnte, den Streik abzubrechen, und zum Verhandlungstisch zurückkehrte. Chaovalit bestreitet Gewalt eingesetzt zu haben. Vermutungen von Beobachtern zufolge, die durch Äußerungen des Generalstabschefs der Streitkräfte, General Sunthorn Kongsompong, bestärkt werden, unterstützen Teile des Militärs die Arbeitskämpfe gegen die Privatisierungspläne der Regierung, um die Regierung Chatichais zu schwächen. Die Beschäftigten der staatlichen Elektrizitätswerke haben ebenso wie die Busgewerkschaft Streiks im Falle von Privatisierungsversuchen angedroht.

vgl.:BP v. 21., 25. 10.89, 10.,23.,30.1., 6.2.90; FEER 15.2.90, S. 10/11+82

## Der Vertrieb der Far Eastern doch nicht verboten

Am 26. Dezember entschied eine Sonderabteilung der Polizei, keine rechtlichen Schritte gegen die Far Eastern Economic Review (FEER) zu unternehmen. Anlässlich eines Artikels "Lust Frontier" vom Bangkok Korrespondenten Paul Handley in der FEER vom 2.11.89, hatte die staatliche Tourismusbehörde (TAT) das Einstellen des Vertriebs der Zeitung in Thailand und die Ablehnung einer Visumsverlängerung für den Journalisten gefordert. Dieser habe "Vorurteile geschürt und mit Absicht Thailands Image durch die Verbreitung von Falschinformationen zu zerstören versucht".

Sumontha Nakornthab, Direktorin des Öffentlichkeitsreferats von TAT, wies die Anschuldigen Handleys zurück: Die Tourismusbehörde habe niemals psychisch oder physisch Anti-Prostitutions-Aktivisten an ihren Aktionen zu hindern gesucht. Weder der Leiter Dharmnoon Pra-chuabmoh noch die Behörde hätten jemals Sex-Geschäfte unterstützt.

Handley hatte in seinem Artikel über die zunehmende Ausbreitung von AIDS und die mangelnde öffentliche Beachtung dieser Krankheit seitens der Regierung und der Tourismusbehörde geklagt. Die Behörde trage sogar durch Touristenführer und ihr nahestehende Anzeigenblätter zur Förderung des Sex-Geschäftes durch Werbung bei. Außerdem sei der Gesundheitsminister Chuan Leekpai, der Berichte in malaysischen Zeitungen über die verbreitete AIDS-Gefahr im Sextouristen-Zentrum Hadyai bekräftigt hatte, zum Schweigen gebracht worden, um nicht dem Tourismus in Süd-Thailand weiteren Schaden zuzufügen.

P. Handleys Aussage, daß "das Triumvirat aus Bordellbesitzern, Polizei und Politikern ein finanzielles Interesse am Fortgang des Sexgeschäftes hat", dürfte wohl besonders getroffen haben.

vgl. NR v. 11.11., 27.12.; FEER v. 2.11.89, 44-45

## Kurzmeldungen

- Thailändische Verteidigungsstrategien diskutieren die **Anschaffung eines Hubschrauberträgers** der deutschen Firma Bremer Vulkan oder Italiens Fincantieri. Das 8.000 t große Kriegsschiff würde 8,4 Mrd. Baht (600 Mio. DM) kosten und eine **neue Waffengeneration** der südostasiatischen Marineausrüstung einläuten. (FEER 22.2.90, S.22)

- **In Saudi Arabien** arbeiten derzeit **120.000 thailändische Arbeitsmigranten**, die größte Gruppe der Übersee-thais. Ein Mord an 3 Saudi Arabischen Diplomaten drohte die diplomatischen Beziehungen zu gefährden und weitere Visas zur Arbeitsaufnahme zu stoppen. In Hongkong bestünde in Zukunft ein **zusätzlicher Arbeitskräftebedarf von 10.000 Haushälterinnen**. Zur Zeit sind 6000 thailändische und 40.000 philippinische Hausmädchen in **Hongkong** tätig. (BP 10.11.89; FEER 15.2.90, S.14)

- Nach einer Erhebung des Büros für landwirtschaftliche Ökonomie 1987/88 lagen die durchschnittlich erzielten **jährlichen Nettoeinnahmen durch den Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten einer Bauernfamilie bei 9.000 Baht** (650 DM). Einnahmen außerlandwirtschaftliche Arbeiten: 13.296 Baht (950 DM). Verschuldung: 3.775 Baht (270 DM) (BP 19.10.89)

- Eine Arbeitsgruppe legte dem Nationalen Frauenbüro Anfang November vergangenen Jahres einen **Entwurf für ein schärferes Gesetz gegen Prostitution** vor. Geschäftemacher des Prostitutionsmilieus sollen in Zukunft stärker bestraft werden können, Prostituierte dagegen - anders als im bestehenden Recht - straf-frei ausgehen, da diese nach Auffassung des Frauenbüros alle "direkt oder indirekt in die Prostitution gezwungen wurden".

(NR v. 3.11.89)